

# Stellungnahme

## zum Entwurf einer überarbeiteten Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung

EU-Transparenzregister

Registernummer: 52646912360-95

Unsere Zeichen

AZ DK: Beih-AGVO

AZ DSGVO: 7416

Kontakt: Dr. René Fiedler

Telefon: +49 30 20225- 5344

Telefax: +49 30 20225- 5345

E-Mail: [rene.fiedler@dsgv.de](mailto:rene.fiedler@dsgv.de)

Berlin, 03.12.2021

Federführer:

Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.  
Charlottenstraße 47 | 10117 Berlin

Telefon: +49 30 20225-0

Telefax: +49 30 20225-250

[www.die-deutsche-kreditwirtschaft.de](http://www.die-deutsche-kreditwirtschaft.de)

## **I. Allgemeine Anmerkungen**

Die in der Deutschen Kreditwirtschaft zusammenarbeitenden Spitzenverbände der deutschen Kreditwirtschaft (Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Bundesverband deutscher Banken, Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, Deutscher Sparkassen- und Giroverband und Verband deutscher Pfandbriefbanken) danken der EU-Kommission für die Möglichkeit, zum vorgelegten Entwurf einer überarbeiteten Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung Stellung nehmen zu können.

Die Deutsche Kreditwirtschaft begrüßt die Aufnahme neuer sowie die Erweiterung bereits bestehender umweltbezogener und klimaschonender Freistellungstatbestände. Die Überarbeitung der AGVO sollte zudem einen stärkeren Fokus auf die Vereinfachung der Vorschriften legen. Andernfalls dürften nicht unerhebliche Hürden für die Beihilfeempfänger bestehen bleiben und das Ziel der Überarbeitung, die öffentliche Unterstützung des ökologischen Wandels in der EU zu erleichtern, verfehlt werden. Schließlich sollte prinzipiell, vor allem aber im Bereich der Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsbeihilfen vermieden werden, zu starr auf einzelne Technologien abzielen, da dies den beihilferechtlichen Rahmen unnötig einengen bzw. kurzfristige Änderungen nach sich ziehen könnte.

## **II. Anmerkungen zu Einzelpunkten**

### **1. Absenkung der Meldeschwelle auf Beihilfen über 100.000 €**

Die geplante Absenkung des Schwellenbetrags von 500.000 € auf künftig 100.000 €, ab dem nach Art. 9 AGVO die Pflicht besteht, Informationen über jede Einzelbeihilfe zu veröffentlichen, ist nicht nachvollziehbar und führt zu erheblichem zusätzlichen Verwaltungsaufwand, ohne dass dem ein erkennbarer Mehrwert gegenübersteht. Eine Beibehaltung der bisherigen Regelung wäre daher ausdrücklich zu begrüßen.

Ein Nutzen der Änderung ist für die beteiligten Kreise nicht erkennbar. Allenfalls Wettbewerber der Beihilfeempfänger könnten durch die vervielfachende Anzahl an meldepflichtigen Fällen ein genaueres Bild über die den Konkurrenten gewährten Beihilfen erhalten. Doch kann dies die Absenkung nicht rechtfertigen. Die Steigerung an Transparenz steht in keinem angemessenen Verhältnis zu dem mit der Absenkung verbundenen erheblichen bürokratischen Mehraufwand. Dieser ist bereits heute nicht unerheblich, gerade wenn auch die regelmäßigen Kontrollen und Abstimmungen u.a. zur Richtigkeit der Angaben mit den zuständigen Ministerien in den Blick genommen werden, und würde sich nochmals deutlich intensivieren.

### **2. Ermittlung der Investitionsmehrkosten**

Die Notwendigkeit der Ermittlung der Investitionsmehrkosten im Bereich der Umweltschutzbeihilfen (Art. 36 Abs. 5, Art. 36b Abs. 3, Art. 47 Abs. 7 AGVO) führt in der Praxis zu unnötigen Hürden für förderungsfähige Vorhaben. So bestehen in der Praxis oftmals Schwierigkeiten bei der Ermittlung der Mehrkosten einer Umweltinvestition anhand eines kontrafaktischen Szenarios. Die Ermittlung verlangt entsprechendes Know-how und ist häufig nur mit hohem Aufwand möglich – Aufwand, der für KMU gerade mit Blick auf die damit verbundenen Kosten nicht selten zu hoch ist. Die Berücksichtigung des Kapitalwerts (NPV) bei der kontrafaktischen Vergleichsanalyse dürfte sich in der Praxis mangels konkreter Berechnungsgrundlagen gleichfalls als schwierig erweisen.

Substantielle Erleichterungen für die Beihilfeempfänger könnten demgegenüber erzielt werden, wenn es eine Alternative gäbe, bei der die Investitionsmehrkosten nicht mehr explizit ermittelt werden müssten, sondern die Beihilfe abhängig von der Investitionssumme pauschaliert werden könnte. Hier bedürfte es nur einer qualitativen Prüfung der Eigenschaften des Vorhabens. Dies wäre für die potentiellen Adressaten selbst dann ein großer Mehrwert, wenn – als Ausgleich für die fehlende Bestimmung der Investitionsmehrkosten – mit abgesenkten Beihilfeintensitäten operiert werden würde.

### **3. Investitionsbeihilfen für KMU**

Die vornehmlich für umweltbezogene Freistellungstatbestände erfolgte Anhebung der Anmeldeschwellen in Art. 4 AGVO begrüßen wir. Allerdings sollten parallel auch die Schwellenwerte für KMU-Beihilfen, insbes. für Investitionsbeihilfen (Art. 17 AGVO) angehoben werden. Durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie gibt es einen deutlich stärkeren Bedarf an staatlicher Förderung für zahlreiche Unternehmen. Dies gilt in besonderem Maß für die von der Pandemie stark betroffenen KMU. Dieser Förderungsbedarf dürfte u.E. noch länger andauern und auch in der Zeit nach der Pandemie eine erhebliche Rolle spielen. Eine Anhebung der Schwellenwerte erscheint daher hier gleichfalls angezeigt.

### **4. Definition des Begriffs „Unternehmen in Schwierigkeiten“**

Zur Definition des Begriffs „Unternehmen in Schwierigkeiten“ (Artikel 2 Abs. 18 AGVO) regen wir an, Nachrangdarlehen mit Rangrücktritt in diesem Kontext ausdrücklich als wirtschaftliches Eigenkapital anzuerkennen. Diesem Vorschlag steht die Bilanzierung von Nachrangdarlehen u.E. nicht entgegen. Denn maßgeblich sollten vielmehr die wirtschaftlichen Wirkungen dieser Instrumente sowie der Umstand sein, dass Banken und Wirtschaftsprüfer Nachrangdarlehen wegen ihres besonderen Charakters dem „wirtschaftlichen Eigenkapital“ zurechnen. Schließlich werden sie (wie Anteile des harten Kernkapitals) vorrangig zur Verlusttragung herangezogen und sind dadurch geeignet, bedrohliche Situationen von Unternehmen abzuschwächen bzw. zu beenden. Auch bankaufsichtsrechtlich werden Nachrangdarlehen als Eigenmittel (own funds) behandelt.

\* \* \*